

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Hans-Jochen Vogel,
SPD-Präsidiumsmit-
glied, zur Eröffnung
der Preußen-Ausstellung:
Eine zwiespältige Tra-
dition.

Seite 1/2

Holger Börner, Hessischer
Ministerpräsident und
SPD-Präsidiumsmitglied,
vermißt Rücksicht auf
die europäischen Partner
beim Neutronenbomben-Ent-
schluß.

Seite 3

Hugo Brandt MdB, Vorsit-
zender des Arbeitskreises
Inneres der SPD-Bundes-
tagsfraktion, warnt vor
vorschneellen Entschei-
dungen beim Asylrecht.

Seite 4/5

Detlef Samland, stellver-
tretender Juso-Bundesvor-
sitzender, entwickelt
Vorstellungen zur Inten-
sivierung des Wohnungs-
baus.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 152

13. August 1981

Preußen 1981

Zur Eröffnung der Preußen-Ausstellung am 15. August 1981

Von Hans-Jochen Vogel

Mitglied des SPD-Präsidiums

Dem Ende Preußens, das sich im Zusammenbruch der letzten Kriegswochen des Jahres 1945 bereits vollzogen hatte und von den Alliierten im Gesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 im Grunde nur noch beglaubigt wurde, folgte eine lange Periode des Schweigens. Preußen schien zu einem Unstaat geworden zu sein - so wie manche historische Exponenten nach ihrem Tode zu Unpersonen wurden oder zu Gestalten, denen man allenfalls alles Unheil ihrer Epoche zur Last legte. In den letzten Jahren ist dieses Schweigen einem neuerlichen Interesse gewichen. Mit der Eröffnung der von Dietrich Stobbe 1977 angeregten Preußen-Ausstellung wird dieses Interesse und mit ihm die neubelebte Diskussion über die geschichtliche Rolle Preußens einen vorläufigen Höhepunkt erreichen.

Das ist zu begrüßen. Kein Volk kann sich auf die Dauer weiße Flecken auf der Landkarte seiner Geschichte leisten. Und unseres, das noch immer die Last seiner jüngeren Vergangenheit zu tragen hat, das mit der Existenz zweier in verschiedene Weltsysteme einbezogener Staaten innerhalb einer Kultur-, Sprach-, Gefühls- und Geschichtsgemeinschaft leben muß, schon gar nicht. Außerdem: Niemandsländer werden früher oder später okkupiert. Auch die Wiederbewußtmachung eines Geschichtsabschnittes und seine Interpretation ist ein Stück politischer Realität. Das wissen manche Konservative und Dogmatiker in unserem Land, das weiß aber auch die Führung der DDR, die nicht zufällig gerade jetzt zur Überraschung ihrer eigenen Bürger das Denkmal des Alten Fritz neu entdeckt und Unter den Linden wieder aufgestellt hat.

Sozialdemokraten sollten sich deshalb an den Bemühungen, die preußische Geschichte neu zu erfassen und zu bewerten, nach-



drücklich beteiligen. Immerhin waren ihre Gründer und ihre geistigen Vorläufer weithin Preußen, ist ihre Partei im Kampf mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und den Repräsentanten Preußens gewachsen und erstarkt und ihr Versuch, nach 1918 ein soziales und demokratisches Staatswesen zu schaffen, im Preußen Otto Brauns am weitesten gediehen, bevor er schließlich scheiterte.

Dabei sollten gerade Sozialdemokraten sorgfältig differenzieren und allen groben Klischees mit Mißtrauen begegnen. Selbstverständlich besteht keinerlei Anlaß, Preußen im Nachhinein zu verherrlichen. Viele deutsche Fehlentwicklungen haben eine preußische Wurzel. Die Eroberung Schlesiens war ein Musterbeispiel eines Angriffskrieges. Die Militarisierung der Gesellschaft, die Präponderanz der Armee, die Propagierung der sogenannten preußischen Tugenden um ihrer selbst willen ohne die Frage nach dem Wozu, die in den Aufforderung Wilhelms II. an die Soldaten gipfelte, auf ihre Eltern und Angehörigen zu schießen, falls er es befehle - all diese Erscheinungen kulminierten jedenfalls für Deutschland in Preußen. Auch die Aussperrung der Arbeiterbewegung aus der Gesellschaft, ihre exzessive Bekämpfung mit den Mitteln des Sozialistengesetzes, der erbitterte Widerstand gegen eine demokratisch-evolutionäre Integration durch die Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts bis in den Herbst 1918 waren in Deutschland wiederum spezifisch preußische Besonderheiten. Und ebensowenig darf die aus bestimmten preußischen Traditionen gewachsene deutsch-nationale Komponente vergessen werden, ohne die Hitler 1933 weder die Macht noch die Kontrolle über wichtige Teile des Staatsapparates so rasch und so vollständig errungen hätte.

Aber bei aller Kritikwürdigkeit solcher Grundzüge des preußischen Staatswesens und seiner Geschichte besteht andererseits auch kein Anlaß zu einer generellen Verurteilung. Preußen - das war eben auch eines der ersten Länder, das die Folter abschaffte. Das war auch Kant und die Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Das waren die Stein-Hardenbergschen Reformen, deren Ziel Stein dahin umschrieb, daß das zudringliche Eingreifen der Staatsbehörden in Privat- und Gemeindeangelegenheiten aufhören müsse und seine Stelle die Tätigkeit des Bürgers einnehmen müsse, der nicht in Formen und Papier leben, sondern kräftig handle, weil ihn seine Verhältnisse zur Teilnahme am Gewirre menschlicher Angelegenheiten nötigten. Das waren Künstler vom Range eines Schinkel, eines Fontane und eines Kleist. Ein Preuße war übrigens auch Rudolf von Gneist, der den Rechtsstaatsgedanken vor vielen seiner Zeitgenossen prägnant und fordernd formulierte. Selbst über die Bismarcksche Außenpolitik nach 1871 hat sich kein geringerer als Willy Brandt ebenso nachdenklich wie differenzierend geäußert. Und auf Otto Braun und seinen Versuch, Preußen aus einem vordemokratischen Obrigkeitsstaat in einen sozialen und demokratischen Staat republikanischer Prägung umzuwandeln, habe ich bereits hingewiesen.

All das ergibt ein zwiespältiges, widersprüchliches Bild. Es ergibt kaum etwas, was sich rasch und vordergründig für den politischen Tagesgebrauch vermarkten ließe. Eines allerdings zeigt es unübersehbar: daß die Idee des demokratischen Sozialismus lebenskräftiger und entwicklungsfähiger und stärker mit der Geschichte im Einklang war als das, was ihm die gesellschaftliche Oberschicht Preußens zur Zeit ihrer größten Machtentfaltung entgegenstellen konnte.

(-/13.8.1981/vo-he/va)

+

+

+



Mangel an Rücksicht !

Zur Neutronenbomben-Entscheidung der Regierung Reagan

Von Holger Börner

Hessischer Ministerpräsident und SPD-Präsidiumsmitglied

Die Entscheidung von US-Präsident Reagan und Verteidigungsminister Weinberger zum Bau der Neutronenbombe zeigt einen bemerkenswerten Mangel an Rücksicht auf die Interessen der Verbündeten in Europa. Die hessischen Sozialdemokraten, die sich seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahre 1946 stets aktiv um die deutsch-amerikanische Freundschaft bemüht haben, fühlen sich verpflichtet, vor Fehlentwicklungen im Bündnis zu warnen. Die Tatsache, daß auf hessischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg ein großer Teil der US-Europa-Streitkräfte stationiert ist, stellt dieses Bundesland und seine tragenden politischen Kräfte hier vor eine besondere Verantwortung.

Es muß daran erinnert werden, daß die Nato im Gegensatz zu anderen Militärpakten vor allem auch als ein politisches Bündnis gegründet worden ist, ausgehend von der grundlegenden politischen Übereinstimmung gleichberechtigter Partner. Mit Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, daß mit der einseitigen, ohne vorherige Konsultationen getroffenen Entscheidung für den Bau der Neutronenbombe Entwicklungen eingeleitet werden könnten, die bis an die Grundfesten des Bündnisses reichen.

Die hessischen Sozialdemokraten unterstützen deshalb die Politik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, durch ihr Drängen auf konsequente Abrüstungsverhandlungen das Risiko eines Atomkrieges zu vermindern.

Die einseitige Entscheidung der USA für die Neutronenwaffe erschwert jedoch die Arbeit aller, die sich für das existenzielle Interesse der europäischen Staaten an weniger Rüstung in Ost und West einsetzen.

Die hessischen Sozialdemokraten appellieren an die anderen demokratischen Parteien, in der Diskussion über Abrüstung diese europäischen und nationalen Interessen zu stützen. Eine Einmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland, wie sie vom amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger im Hinblick auf die Etatberatungen für 1982 vorgenommen wurde, sollte von keiner Partei hingenommen werden.

(-/13.8.1981/vb-hc/va)

+

+

+



Das Asylrecht - und was wird damit?

Grundrecht zur Disposition oder Anlaß zur Belustigung?

Von Hugo Brandt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres, Bildung und Sport der SPD-Bundestagsfraktion

Der STERN hat in seiner ersten Augustnummer auf der - im allgemeinen lustigen - Seite "Unterm Strich" eine Zeichnung von Peter Neugebauer gebracht, die mich als aufmerksamen Leser eigentümlich berührt hat: Zwei Pinguine stehen in einem Wohnzimmer. Der Besitzer des Zimmers verwehrt zwei uniformierten Tierwärtern den Zutritt mit den Worten: "Tut mir leid - aber die beiden haben von ihrem Asylrecht Gebrauch gemacht!"

Abgesehen davon, daß Peter Neugebauer uns die Pointe schuldig geblieben ist (ich jedenfalls habe sie nicht finden können), wirft diese Geschichte Fragen auf: Gewährt die Bundesrepublik jedem so einfach Asyl wie einem zugelaufenen oder zugeflogenen Tier? Sind die vielen Menschen, die auf dieser Welt vor brutaler politischer Verfolgung fliehen müssen, für uns in ihrer Vielzahl schon so anonym und geschichtslos, daß wir sie uns als Tiere aus einer Gattung von zahlreichen, aber kaum zu unterscheidenden Lebewesen vorstellen müssen?

Das haben die politischen Verfolgten, gleich welcher Hautfarbe, Herkunft oder Nationalität, nicht verdient. Aber manchmal wird ja heute in diesem Land über das Asyl geredet, als hätten es wir Deutsche niemals nötig gehabt. Lernen wir denn aus der Geschichte, zumal der eigenen, nichts?

Und andererseits: Wer will denn, daß jedem Asylbewerber auf Dauer ein Bleiberecht gewährt wird? So schwer es manchem fällt - das geht nicht. Die Bundesrepublik kann nicht der Zufluchtsort all derer werden, denen vorgegaukelt wird, hier gebe es keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern das Paradies auf Erden. Asyl kann nur dem gewährt werden, der politisch Verfolgter ist. Soweit so gut. Ich weiß: Nicht jeder, der bis hier hin zugestimmt hat, ist bereit, mir auch in den konkreten Folgerungen zuzustimmen:

Angesichts der in diesen Tagen wieder steigenden Zahl der Asylanträge (durch die Maßnahmen der Bundesregierung und des Bundestages sind sie zunächst einmal nachhaltig gesunken) ist es einfach, mit dem niedersächsischen CDU-Landesvorsitzenden Hasselmann schnell eine Änderung des Grundgesetzes zu fordern oder mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth den uns vorliegenden Bundesratsentwurf zur Beschleunigung des Asylverfahrens in Erinnerung zu rufen. Beides kann die SPD nicht akzeptieren:

Das Grundrecht des Artikels 16 Grundgesetz steht für uns nicht zur kurzfristigen Disposition! Wir können auch den Bundesratsentwurf nicht gutheißen, der den Ausländerbehörden eine umfassende (und schließlich nicht zu kontrollierende) Zuständigkeit verschaffen will. Hier befinden wir uns mit der FDP in guter Gesellschaft, zumal zahlreiche unparteiliche Organisationen diesen Entwurf als problematisch und nicht akzeptabel bezeichnet haben.

Was wir wollen, sind nicht spektakuläre Reparaturen, sondern eine umfassende, dafür nüchterne Neuordnung. Als geeignete Diskussionsgrundlage steht uns seit einigen Wochen der Bericht der Bund-/Länderarbeitsgruppe "Asylwesen" zur Verfügung. SPD- und FDP-Fraktion haben die Beratung unverzüglich begonnen.



Vertreter beider Fraktionen haben sich unlängst darüber hinaus im Gespräch mit Experten weiter sachkundig gemacht. Mich hat dabei insbesondere überrascht, wie lange die Verfahrensakten im einzelnen Fall jeweils einfach "liegen bleiben". Zählt man ihre durchschnittliche Verweildauer auf den Aktenböden und in den Fächern der Behörden, in Kanzleien, während der Zustellung und so weiter zusammen, ergibt sich ein Zeitraum von zwei Jahren, der völlig ungenutzt verstreicht. Hier muß etwas getan werden, um die Dauer des Asylverfahrens angemessen zu verringern. Ich halte den Zeitraum von einem Jahr als Gesamtverfahrensdauer für ausreichend.

Für SPD- und FDP-Bundestagsfraktion stehen einige Maßnahmen bereits fest:

- Der Asylbewerber muß, wenn er seine Wohnung wechselt, seine neue Adresse melden. Sonst wird die Zustellung auch an seine alte Anschrift wirksam.
- Die Möglichkeit, nach der rechtskräftigen Entscheidung über einen Asylantrag einen sogenannten Wiederholungsantrag, das heißt mit der gleichen oder einer ähnlichen Begründung, wird ausgeschlossen.
- Auch Wiederholungsanträge mit falschen Angaben zur Person werden erfolglos bleiben.
- Schließlich wird auch die Verteilung der Asylbewerber auf die einzelnen Bundesländer gesetzlich geregelt. Die jetzt bestehende, auf überholten Gesichtspunkten beruhende Verteilungsregelung wird so verbessert, daß nicht einzelne Bundesländer benachteiligt sind.

Weitere Maßnahmen werden in diesen Tagen im Detail geprüft. Mitte September wird ein umfangreicher Vorschlag eines Maßnahmenkataloges für den Bundesgesetzgeber vorliegen, den wir zügig beraten werden, damit die Neuordnung des Asylverfahrens bald in Kraft treten kann. Die Länder sind aufgerufen, jetzt schon zu prüfen, wie sie im Verwaltungsbereich, denn ihnen unterstehen ja die Ausländerbehörden und Justizverwaltungen, unterstützende Maßnahmen treffen können.

Mit einer Frage werden wir uns schließlich besonders gründlich auseinanderzusetzen haben. Was geschieht mit den circa 100.000 Anträgen auf Asyl, die zur Zeit im Bundesamt in Zirndorf und bei den Verwaltungsgerichten aller Instanzen schon vorliegen und auf eine Entscheidung warten? Sollen diese Verfahren noch bis zu fünf oder sieben Jahren mit ungeheurem Aufwand und Belastungen für die Beteiligten fortgeführt werden? Oder soll es hier eine Art "Amnestie" geben? Ich meine zu beidem: Nein! Wir können die Augen nicht vor der Lebenserfahrung verschließen, wonach jeder sich nach einigen Jahren des Aufenthaltes in seinem Gastland heimisch zu fühlen beginnt und zugleich den Kontakt mit seiner Heimat verliert. Das tut auch der Asylbewerber. Ihn nach bis zu sieben Jahren in die fremdgewordene Heimat zu jagen, heißt mit ansehen, daß er mit der dortigen Situation nicht zurecht kommt, von seinen inzwischen geborenen Kindern ganz zu schweigen. Das andere ist schon deshalb ausgeschlossen, weil jede einer Amnestie ähnliche Maßnahme für viele weiteren Anreiz wäre, auf irgendeine Weise Aufenthalt in der Bundesrepublik zu suchen, in der Hoffnung, es werde irgendwann eine weitere Amnestie geben. Für heute vermag ich eine Patentlösung nicht zu nennen. Vermutlich wird es eine solche auch nicht geben. Wir bemühen uns in diesen Tagen um einen vertretbaren Weg. Dazu benötigen wir die Bereitschaft aller Beteiligten, diese Problematik auch durch neue, ungewöhnliche Ideen und Mittel zu lösen. (-/13.8.1981/hl/va)

+ + +



Sozialstaat im Abseits ?

Der Wohnungsbau muß vorangetrieben werden

Von Detlev Samland

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Die wirtschaftliche Situation der Mehrzahl unserer Bevölkerung verschlechtert sich täglich. Gerade im Bereich des Wohnungsbaus zeigt sich ein immer düsteres Bild. Während circa 1,3 Millionen Wohnungen vor allem für Einkommensbezieher mit niedrigen Einkommen fehlen, jährlich 200.000 Wohnungen abgerissen werden und die Mieten für diese Einkommenschichten bereits mehr als 25 Prozent ihres Gesamteinkommens ausmachen, betreibt die Bundesregierung weiterhin eine Wohnungsbaupolitik, die die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht. Das Subventionssystem nach 7 b und anderen Förderungsrichtlinien gibt gerade dem gut verdienenden Arzt die Möglichkeit, hohe Steuervorteile einzuhalten, während der Facharbeiter, der sich sein Eigentum vom Munde abspart, mit niedrigen Vorteilen abgebürstet wird.

Die aktuelle Situation erhält jedoch eine Verschärfung durch die sogenannte "Zweitmiete" einerseits und die Kapitalkosten andererseits. Mieter wie Eigentümer werden durch die explosionsartige Steigerung der sogenannten Mietnebenkosten belastet, vor allem Gas, Wasser, Strom, Abfallbeseitigung, kommunale Gebühren, Öl und anderes. Dies führt dazu, daß der Anteil, der für Miete und Mietnebenkosten vom Einkommen abgezweigt werden muß, bereits bis zu 35 Prozent erreicht und weiter steigt. Andererseits machen die Kapitalkosten heute bereits 65 bis 70 Prozent der gesamten Baukosten aus; das heißt: wir stehen bei Beibehaltung des jetzigen Zinsniveaus vor einem Bankrott vieler Eigentums- und Eigenheimbesitzer, die die monatlichen Schuldenlasten bei diesen Zinssätzen nicht mehr tragen können. Andererseits ist eine Bautätigkeit der öffentlichen Hand und Privater bei diesen Zinslasten ausgeschlossen.

Daher ist die Bundesregierung aufgefordert, die Bundesbank zur Realisierung des gespaltenen Zinssatzes zu bewegen. Diese Maßnahme ist nicht außergewöhnlich, da auch heute über die Bundesanstalt für Wiederaufbau Investitionen der Unternehmen bis zu 60 Prozent der Gesamtsumme der Investition zu einem Kredit von 9,5 Prozent finanziert werden. Es ist daher die Einrichtung einer Wohnungskreditanstalt notwendig, die neben den billigen Krediten des bundesdeutschen Marktes auch Geldanleihen im außereuropäischen Ausland vornehmen sollte, um an günstigere Finanzierungsmöglichkeiten heranzukommen. Für den Bausektor wäre deshalb ein Kredit in Höhe von sieben Prozent angebracht und notwendig, soll eine Inflation an Wohnungsverkäufen und Hausverkäufen verhindert werden.

Daneben wäre auch die öffentliche Hand in der Lage, Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus zu schaffen. Neben der Kreditvergünstigung ist zur Schaffung von 100.000 zusätzlichen Wohnungen noch eine weitere Finanzierungsquelle notwendig: die Einführung einer Ergänzungsabgabe von 2.400 DM bei Ledigen beziehungsweise 4.800 DM bei Verheirateten aufwärts. Also: eine soziale Staffelung der Ergänzungsabgabe ist dringend erforderlich. Mit diesem zusätzlichen Kapital würde bei vermindertem Zinssatz die Schaffung von zusätzlichen 100.000 Sozialwohnungen die Arbeitslosigkeit empfindlich senken. Jede neu geschaffene Wohneinheit schafft oder sichert zwei Arbeitsplätze für ein Jahr, bei 100.000 zusätzlichen Sozialwohnungen würden rund 200.000 Arbeitsplätze gesichert beziehungsweise neu geschaffen. Dieser arbeitsmarktpolitische Effekt wäre ein erster Schritt zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit speziell im Baugewerbe, wo immerhin 55.000 Arbeitslose im Monat Juli verzeihnet wurden, fast 50 Prozent mehr als in sonstigen Sommermonaten.

Die Neuorientierung einer solchen Politik würde deshalb beginnend mit einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit und damit einer Reduzierung des Kostenberges der Bundesanstalt für Arbeit gleichzeitig eine Grundvoraussetzung für die Beseitigung der enormen Wohnungsnot schaffen. Nur dann wäre im Zusammenhang mit den Beratungen um den Haushalt 1982 mit Berechtigung von einer beschäftigungspolitischen Konzeption zu sprechen. (-/13.8.81/va/va)

+ + +

